

Beschluss Vorfahrt für den Klimaschutz, auch beim LNG-Terminal Brunsbüttel

Gremium: LPT
Beschlussdatum: 24.03.2019
Tagesordnungspunkt: 1. Anträge

Antragstext

- 1 Zum Umgang mit den Planungen für ein LNG-Terminal in Brunsbüttel stellen wir
2 fest:
- 3 1. Bei der Beurteilung eines möglichen LNG-Terminals müssen die Einhaltung der
4 Klimaschutzziele der Bundesregierung und des Pariser Klimaabkommens und dessen
5 fristgerechte Umsetzung Priorität haben. Dabei sind die die unmittelbaren und
6 mittelbaren Auswirkungen des LNG-Terminals auf das Klima zu berücksichtigen,
7 auch im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung.
- 8 2. Ein LNG Terminal und die LNG- Infrastruktur müssen geeignet und vollwertiger
9 Baustein für eine Energieinfrastruktur der Erneuerbarer Energien sein. Es muss
10 eine sukzessive aber fristgerechte Umstellung auf Erneuerbaren Energien durch
11 einen entsprechenden Ordnungsrahmen sichergestellt werden.
- 12 3. Das Terminal sollte den Planungen bei der Abfassung des Koalitionsvertrag
13 entsprechend ursprünglich der Versorgung des Schiffverkehrs und
14 Schwerlastverkehrs dienen. Nun wird mit der Planung einer erheblich größeren
15 Anlage eine darüber hinausgehende Nutzung geplant, mit dem Schwerpunkt einer
16 Einspeisung des importierten Gases in das deutsche Gasnetz. Diese Entwicklung
17 sehen wir kritisch – auch weil sich bisher nicht zu erkennen ist, wie sie unter
18 den derzeitigen Rahmenbedingungen mit der Erreichung der Klimaschutzziele in
19 Einklang zu bringen ist.
- 20 4. Der Bau des LNG Terminals darf durch seine Lage und Größe nicht dazu führen,
21 dass der ebenfalls im Koalitionsvertrag vorgesehene und bereits über Baurecht
22 verfügende Vielzweckhafen Brunsbüttel nicht mehr gebaut werden kann und freie
23 Gewerbeflächen in Hafennähe nicht mehr zur Verfügung stehen. Nach den
24 derzeitigen Planungen wäre dies der Fall.
- 25 5. Eine finanzielle Förderung des LNG-Terminals durch das Land lehnen wir ab.
26 Das finanzielle Risiko muss bei den Investoren liegen.
- 27 6. Wir verweisen darauf, dass ein erheblicher Teil des in Deutschland
28 angelandeten LNG-Gases zukünftig durch Fracking in den USA gewonnen werden
29 könnte. Wir lehnen Fracking ab. Wir haben also zurzeit weder eine gesetzliche
30 Handhabe, den Import von gefracktem Gas durch das geplante Terminal zu
31 verhindern, noch kurzfristig die Lieferwege auf dem internationalen Gasmarkt zu
32 steuern. Wir fordern Land- und Bund und EU auf durch Maßnahmen wie die
33 Besteuerung von sämtlichen Treibhausgasen dem entgegen zu wirken und begrüßen
34 die Bundesratsinitiative der Landesregierung zur Besteuerung von CO₂ als einen
35 ersten Schritt in die richtige Richtung.
- 36 7. LNG hat bei der Verwertung in Verbrennungsmotoren sehr geringe Feinstaub- SOX
37 und NOX Emissionswerte. LNG hat aber keine positive Klimabilanz im Vergleich zu
38 Diesel und kann je nach Herkunft sogar deutlich schädlicher sein. Ursache sind
39 die Verluste durch technische Defizite, der Methanschlupf. Er kann entlang der

40 Kette von der Förderung bis zur Verbrennung auftreten. Das gilt sowohl für LNG,
41 als auch für Pipelinegas, z.B. aus Russland. Wir fordern daher eine exaktere
42 Ermittlung des Methanschlupf nach unabhängigen Messungen, und mit dem Global
43 Warming Potential von Methan nach den aktuellsten Erkenntnissen und einem Wert
44 für das Global Warming Potential von Methan, dessen Zeitperspektive der von
45 Schleswig-Holsteins Klimazielen entspricht, statt wie zurzeit 100 Jahren. Dazu
46 gehört auch, dass die Landesregierung bei der Bundesregierung, der EU und
47 internationalen Gremien darauf hin wirkt, dass der Methanschlupf durch strenge
48 Standards über die gesamte Kette auch in den Importländern drastisch, und
49 perspektivisch auf nahe null verringert wird. Wir halten es für unerlässlich,
50 dass das geplante LNG Terminal methanschlupffrei errichtet wird.